

Staatsministerium
Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Dr. Brigitte Dahlbender
Landesvorsitzende

Mobil 0171 9341336
Fax 07305 9315-86

brigitte.dahlbender@bund.net

Keine Zustimmung für Fracking-Gesetz im Bundesrat

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, die klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Da nach wie vor unklar ist, wie diese Ziele erreicht werden sollen, wird derzeit unter Hochdruck an einem Klimaaktionsplan gearbeitet, der die bestehende Minderungslücke schließen soll. In dieser Situation kann sich Deutschland schwerlich erlauben, Gesetze zu erlassen, die den Ausstoß klimaschädlicher Gase erhöhen würden.

Das von der Bundesregierung geplante Fracking-Paket würde Fracking in großem Stil ermöglichen und die Gasförderung ausweiten. Dies würde nicht nur zu einem Anstieg der Emissionen Deutschlands führen, sondern stellt auch ein Risiko für Grundwasser und Böden dar und ginge mit einem enormen Flächen- und Wasserverbrauch einher. Der Einsatz der Hochrisikotechnologie Fracking bei der Aufsuchung von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Quellen ist mit unkontrollierbaren Folgen für unsere Umwelt verbunden.

In Deutschland haben sich bereits mehr als 2000 Kommunen gegen Fracking auf ihrem Territorium ausgesprochen. In Baden-Württemberg sind es 77 Gemeinden in den Kreisen Ravensburg, Sigmaringen, Bodenseekreis und Konstanz. Bei jeder Fracking Bohrung in Deutschland müssen wir daher nicht nur die Risiken der Verschmutzung einkalkulieren, sondern auch den Unwillen großer Teile der Bevölkerung.

Wir brauchen daher ein Fracking Verbotsgesetz, wie es die Umweltminister der Bundesländer vorschlagen. Auf der Landesumweltministerkonferenz am 22. April haben sie einen Antrag verabschiedet, der „das Aufbrechen von Gesteinen unter hydraulischem Druck zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen“ verbieten würde.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nach der Rückgabe der Konzession durch die Parkyn Energy Ltm. im letzten Jahr, gibt es derzeit keine Fracking-Vorhaben in Baden-Württemberg. Damit das auch zukünftig so bleibt unser Appel an Sie: Schließen Sie sich auf der Bundesratssitzung am 8. Mai dem Votum Ihres Umweltministers für eine Verankerung eines Fracking-Verbots im Bundesberggesetz an.

Mit herzlichem Dank für Ihr Engagement für den Klima-und Naturschutz, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitte Dahlbender
Landesvorsitzende